

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE Juli/ August 2005

SCHWERPUNKT „KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS“

- Reaktionen auf die Anschläge in London
- Wie geht es im Irak weiter?

Nicole Wynands

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-464-5840
Fax. 202-464-5848
office@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Anfang Juli richtete sich die Aufmerksamkeit der großen amerikanischen Think Tanks auf internationale Events wie den G-8 Gipfel in Schottland und die damit thematisch im Zusammenhang stehende Hilfe für Afrika, während die innenpolitischen Fragen der "Social Security" und „Tax Reform“ ebenfalls in Podiumsdiskussionen und Artikeln diskutiert wurden. Präsident George W. Bushs Rede zum Fortschritt im Irak Ende Juni, die vorraussichtliche Fertigstellung der irakischen Verfassung Mitte August und die stetig abnehmende öffentliche Zustimmung für das amerikanische Engagement im Irak inspirierten anhaltende Diskussionen und Analysen der großen Think Tanks.

Neben der Krise im Irak rückten die Londoner Bombenanschläge vom 7. Juli in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und verdrängten Themen wie das Nominierungsverfahren zum amerikanischen Supreme Court, die Nordkorea-Problematik und die UN-Reformen.

Reaktionen auf die Anschläge in London

Eine Reihe koordinierter Explosionen in London erschütterte am 7. Juli während der morgendlichen Rush-Hour England und die Welt. Drei Sprengstoffsätze explodierten innerhalb von wenigen Sekunden in der Londoner „Tube“ in der Nähe der Stationen Liverpool Street, Edgware Road und King's Cross und in einem Doppeldecker-Bus am Tavistock Square. Dabei wurden 52 Menschen und die vier Terroristen getötet, sowie mehrere hundert Passanten verletzt. Die britische Polizei konnte die Täter wenige Tage später als Briten pakistanischer und jamaikanischer Abstammung identifizieren.

Am 21. Juli wurde nach einer weiträumigen Evakuierung der Londoner „Tube“ bekannt, dass vier Sprengsätze in drei Zügen und einem Bus gefunden wurden, die nur halb oder nicht detoniert waren. Inzwischen sind mehrere britisch-muslimische Verdächtige festgenommen worden.¹

Die Anschläge von London riefen internationale Entrüstung hervor, wurden aber auch als Reaktion der islamischen Extremisten auf den anglo-amerikanischen Kampf gegen den Terrorismus verstanden. Besonders besorgniserregend war zum einen die Tatsache, dass es sich bei den Tätern um britische Staatsangehörige handelt, und zum anderen, dass es die ersten islamistischen Selbstmordanschläge auf westeuropäischen Boden waren.

Die Experten der konservativen **Heritage Foundation** beschäftigen sich intensiv mit den Lehren, die Großbritannien und die Vereinigten Staaten aus den Anschlägen von London ziehen sollten. Großbritannien sollte demnach in erster Linie seine Anti-Terrorismus Gesetzgebung verschärfen um zukünftige Anschläge ähnlicher Größenordnung zu vermeiden. Die britische Regierung sollte eine verstärkte Möglichkeit haben, verdächtige Terroristen festzuhalten und sollte sich umgehend von der Europäischen Erklärung der Menschenrechte zurückziehen, welche der effektiven

¹ BBC News, UK: „Timeline: London bombings development“, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk/4694069.stm>, Stand 5. August 2005

Terrorbekämpfung im Wege stehen könnte. Weiterhin sollte Großbritannien sich nach Auffassung der Experten den amerikanischen PATRIOT Act zum Vorbild nehmen.²

Weiterhin wird empfohlen, dass die britische Regierung eine „zero tolerance“ Strategie gegen islamischen Extremismus in der eigenen Mitte verfolgen sollte, welcher versucht, die britische Gesellschaft zu zerstören und stattdessen einen muslimischen Staat zu errichten. Ausländische radikale Islamisten, die Hass und Gewalt gegen Großbritannien predigen, sollten festgenommen und abgeschoben werden. Ausserdem sollten alle Anstrengungen unternommen werden, muslimische Anführer in Großbritannien dazu zu bringen, aktiv gegen Extremisten in ihren eigenen Rängen vorzugehen.³

Die **Heritage Foundation** empfiehlt ausserdem, die Kürzungen des britischen Verteidigungsbudgets rückgängig zu machen. Großbritannien sei auch weiterhin die zweitstärkste Militärmacht, doch die geplanten Einschnitte in das Militärbudget könnten ihre Fähigkeit, an der Seite der USA zu kämpfen, beeinträchtigen. Die Ausgaben für die britische Armee sollten mit der wachsenden Bedrohung der nationalen und internationalen Sicherheit korrelativ steigen.

Desweiteren sehen die Experten die Notwendigkeit, dass London und Washington ihre Anti-Terrorlisten miteinander koordinieren, da es momentan einen großen Unterschied zwischen den Listen gäbe. So liste Großbritannien 15 Organisationen nicht auf, die das U.S. Department of State jedoch als Terrorgruppen einstuft.⁴

Die Experten der **Heritage Foundation** warnen auch ausdrücklich davor, den Kurs im Irak zu zuverändern. Im Gegenteil, Großbritannien und die USA sollten sich verstärkt dafür einsetzen, den Krieg im Irak zu gewinnen, da der Irak zur zentralen Frontlinie im Kampf gegen den Terrorismus geworden ist. Die Festnahme Abu Musab al-Zarqawis und seiner Anhänger sollte eine Priorität in der Downing Street werden, um eine klare Botschaft an Al Quaida zu senden.

Aus diplomatischer Sicht schlagen die Experten vor, die pakistanische Regierung stärker unter Druck zu setzen, islamische Extremisten im eigenen Land stärker zu verfolgen. Pakistanische Sicherheitsexperten berichteten The Times gegenüber, dass drei der Terroristen, die am 7. Juli in London beteiligt gewesen waren, bekannte Al Quaida Verdächtige während einer Reise in Pakistan getroffen hätten. Auch wenn Pakistans Präsident Pervez Musharaf eine schärfere Rethorik gegen islamische Militanten angenommen habe, so schaue die Regierung doch weg, um nützliche Alliierte gegen Indien nicht zu verlieren.

Robert S. Leiken, Experte des **Nixon Centers** und Fellow der **Brookings Institution**, beschäftigt sich mit dem Hintergrund der europäischen Islamisten und mit der

² Gardiner, N., Phillips, J.: „The London Bombings: How the U.S. and the U.K. Should Respond“, in Backgrounder No. 1871, The Heritage Foundation: 21. Juli 2005 (auch unter: www.heritage.org/research/europe/bg1871.cfm), Seite 10

³ Gardiner, N., Phillips, J.: „The London Bombings: How the U.S. and the U.K. Should Respond“, in Backgrounder No. 1871, The Heritage Foundation: 21. Juli 2005 (auch unter: www.heritage.org/research/europe/bg1871.cfm), Seite 10

⁴ Gardiner, N., Phillips, J.: „The London Bombings: How the U.S. and the U.K. Should Respond“, in Backgrounder No. 1871, The Heritage Foundation: 21. Juli 2005 (auch unter: www.heritage.org/research/europe/bg1871.cfm), Seite 10

drohenden Gefahr für die USA, die von ihnen ausgeht. Radikaler Islam weite sich unter den entrechteten und desillusionierten Abkömmlingen der muslimischen Immigranten aus. Fehlende Integration habe einige muslimische Europäer dazu veranlaßt, Jihad gegen den Westen aufzunehmen. Dies sei ein wachsender Albtraum für die Mitarbeiter des Departments for Homeland Security, denn sie wüssten, dass Islamisten aus Westeuropa ohne Visum in die USA einreisen können. Ewa ein Viertel der bekannten Jihadisten seien Europäer der ersten Generation, Kinder der Gastarbeiter, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit für das europäische Wirtschaftswunder sorgten.

Amerikanische Muslime seien geographisch weiter verteilt, generell gut verdienend und verschiedener ethnischer Herkunft; im Gegensatz zu europäischen Muslimen, die sich in Gruppen gleicher Herkunft zusammenschlossen: Algerier in Frankreich, Marokkaner in Spanien, Türken in Deutschland und Pakistaner in Großbritannien. Die Isolation dieser muslimischen Diaspora werde von Islamisten genutzt, so Leiken, um Gelder zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und den Jihad vorzubereiten; eine Freiheit, die nur wenige muslimische Länder böten.⁵ Europa gliche demnach einer Art Medina, einem Sammelpunkt von wo aus Soldaten rekrutiert werden können, um das Heilige Land zurückzuerobern - beginnend mit dem Irak.

Leiken kritisiert weiterhin, dass Terrorismus in Europa bisher nur als kriminelle Tat gewertet würde, statt einen Terroranschlag als Kriegsakt anzusehen.⁶ Darüberhinaus sollen einige europäische Politiker sogar glauben, dass eine nachgiebige Politik gegenüber dem Mittleren Osten den besten Schutz biete. Doch die Anschläge von Madrid und das Attentat auf Van Gogh in den Niederlanden sollen Politiker wie Deutschlands Innenminister Otto Schily und Frankreichs Innenminister Nicolas Sarkozy, die die Gefahr des Terrorismus ernst nehmen, gestärkt haben. Diese Politiker konnten Brüssel, London, Madrid, Paris und Den Haag dazu bringen, stärkere Antiterrormaßnahmen zu ergreifen.

Leiken erklärt das Verhalten der Europäer mit ihrer Geschichte: nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Imperialismus entstand ein allgemeines Wohlwollen gegenüber allen religiösen Minderheiten jeglicher Herkunft. Immigranten in Frankreich würden assimiliert, in Deutschland segregiert und in den Niederlanden und Großbritannien unter dem Schlagwort „Multikulturalismus“ toleriert. Diese Strategien ließen aber nur wenige Immigranten zu integrierten „Europäern“ werden. Leiken fragt sich in diesem Zusammenhang, ob das soweit erfolgreichere amerikanische Modell – Trennung von Religion und Staat ohne Mauer dazwischen, und Hilfe für Immigranten, sich langsam anzupassen, ohne ihre kulturelle Autonomie aufzugeben – Europäer inspirieren könnte.⁷

Als Lösung für die wachsende Gefahr durch europäischen Islamisten sieht Leiken schärfere europäische Einwanderungsregelungen und frühere amerikanische

⁵ Robert S. Leiken: „Europe’s Angry Muslims“, aus Foreign Affairs, Juli/August 2005:

<http://www.foreignaffairs.org/20050701faessay84409/robert-s-leiken/europe-s-angry-muslims.html>, Seite 2

⁶ Robert S. Leiken: „Europe’s Angry Muslims“, The Brookings Institution, in Foreign Affairs, Juli/August 2005: <http://www.foreignaffairs.org/20050701faessay84409/robert-s-leiken/europe-s-angry-muslims.html>, Seite 5

⁷ Robert S. Leiken: „Europe’s Angry Muslims“, The Brookings Institution, in Foreign Affairs, Juli/August 2005: <http://www.foreignaffairs.org/20050701faessay84409/robert-s-leiken/europe-s-angry-muslims.html>, Seite 7

Personenkontrollen bei der Einreise in die USA. Die generelle Freiheit für Europäer, ohne Visum in die Vereinigten Staaten einreisen zu können, solle aber nicht abgeschafft werden, um die Einreisebürokratie nicht noch zu verschärfen und die verbleibenden europäischen Freunde nicht zu verprellen. Europa und die USA sollten stattdessen darauf bestehen, dass Fluglinien bei transatlantischen Flügen Passinformationen bei Ticketbuchung einholen und an amerikanischen Behörden weiterleiten, um einen gründlichen Personaliencheck zu erlauben und Verdächtige frühzeitig abzufangen.

Die Ansicht, dass eine Gefahr für die Vereinigten Staaten von europäischen Islamisten ausgeht, teilt auch das konservative **American Enterprise Institute**. Die Experten des Institutes sehen sogar Al Quidas Zukunft in Europa, da die furchteinflößendsten und vor allem effektivsten Anhänger Bin Ladens diejenigen seien, die unserer Kultur und unseren Intellekt teilen. In Europa und anderswo soll „Verwestlichung“ der Schlüssel zum Wachstum von radikalem Islam geworden sein.⁸

Geschichtlich betrachtet sind die Experten des Institutes nicht überrascht, dass die westliche Welt immer mehr mit Terroristen zu tun hat, die im Westen sozialisiert wurden - im Gegensatz zu vielen Europäern und Amerikanern, die glauben, dass Menschen, die in einer kulturellen und demokratischen Gesellschaft aufwachsen, immun gegen die Ideologie des Terrorismus seien. Dabei hätten Hitler und Mussolini monströse Massenbewegungen in zwei der zivilisiertesten und kultiviertesten Länder Europas erschaffen können, was keinem Einfluss einer fremden Kultur unterlag.⁹ Faschismus und Kommunismus hätten Massenmord und individuelles Märtyrertum „für die Sache“ inspiriert, wie wir es heute aus dem radikalen Islam kennen.

Das **American Enterprise Institute** warnt demnach davor, dass die westlichen Staaten darauf vorbereitet sein müssten, dass die europäische Gesellschaft selbst weiterhin die schlimmsten Heiligen Krieger hervorbringen werde.¹⁰ Auch erkennen die Experten die damit verbundene Gefahr der Visa-freien Einreise der westeuropäischen radikalen Islamisten in die USA. Im Gegensatz zu der Ansicht des Experten der **Brookings Institution** und des **Nixon Centers** ist ihr Vorschlag das 1986 aufgenommene „Visa Waiver Program“ für europäischen Staatsangehörige abzuschaffen und wieder eine Visapflicht einzuführen, um so eine bessere Kontrolle aller Einreisenden zu ermöglichen. Diplomatische Konsequenzen für das transatlantische Verhältnis bezweifeln die Experten jedoch.¹¹

⁸ Gerecht, Reuel M.: „Jihad Made in Europe“, American Enterprise Institute for Public Policy Research, erschienen am 25. Juli 2005 in The Weekly Standard

http://www.aei.org/include/pub_print.asp?pubID=22852, Seite 1-2

⁹ Ledeen, Michael A.: „Evil Within – The Enemy Is Not Far From Home“, American Enterprise Institute for Public Policy Research, erschienen am 19. Juli 2005 in National Review Online,

http://www.aei.org/include/pub_print.asp?pubID=22862, Seite 1

¹⁰ Gerecht, Reuel M.: „Jihad Made in Europe“, American Enterprise Institute for Public Policy Research, erschienen am 25. Juli 2005 in The Weekly Standard

http://www.aei.org/include/pub_print.asp?pubID=22852, Seite 2

¹¹ Gerecht, Reuel M.: „Jihad Made in Europe“, American Enterprise Institute for Public Policy Research, erschienen am 25. Juli 2005 in The Weekly Standard

http://www.aei.org/include/pub_print.asp?pubID=22852, Seite 2

Wie geht es im Irak weiter?

Präsident George W. Bush beging den Jahrestag der amerikanischen Übergabe der Souveränität an die Iraker mit einer landesweit ausgestrahlten Rede in Fort Bragg, North Carolina. Die irakische Übergangsregierung hat seit Juli letzten Jahres einige große Erfolge erzielt, vor allem die historischen Wahlen im Januar. Dennoch befinden sich 138.000 U.S. Soldaten im Irak, mehr als 1.800 Soldaten haben ihr Leben seit Beginn des Krieges verloren – über 900 U.S. Soldaten seit der Übergabe der Regierungsgewalt Ende Juni letzten Jahres. Aktuelle Umfragen von CNN/USA Today/Gallup zufolge sind über die Hälfte der befragten Amerikaner nicht mit der Situation im Irak zufrieden, und knapp 60% machen ihren Präsidenten direkt dafür verantwortlich. Ebenso glauben weniger als die Hälfte, dass der Irak etwas mit den Anschlägen vom 11. September 2001 zu tun hat.

In seiner Rede sprach Präsident Bush jedoch davon, dass der Krieg im Irak unerlässlich für die Sicherheit der USA sei. Weiterhin bat der amerikanische Präsident seine Landsleute um Geduld mit der Strategie seiner Experten, die aus einer militärischen Komponente besteht, um gegen die Rebellen zu kämpfen, und einer diplomatischen Komponente, um die „Institutionen einer freien Gesellschaft“¹² aufzubauen. Präsident Bush deutete mehrmals in seiner Rede auf den 11. September 2001 hin und nannte den Irak „das letzte Schlachtfeld“ im Kampf gegen den Terrorismus, was den ehemaligen Demokratischen Präsidentschaftskandidaten Senator John F. Kerry dazu veranlasste darauf hinzuweisen, dass der Republikanische Amtsinhaber nun zum dritten Mal die Begründung für die Invasion des Iraks gewechselt hatte – von Saddam Husseins angeblichen Massenvernichtungswaffen, über Demokratie für die Iraker bis hin zu der nun aktuellen Bekämpfung des Terrorismus.¹³

Die links-moderate **Brookings Institution** beschäftigte sich nach der Rede des Präsidenten mit der Situation im Irak und empfiehlt fünf Strategien, die die Lage dort verbessern könnten. Dabei beruhen die Vorschläge auf den Lehren, die die USA aus Vietnam gezogen haben sollten. Irak ist strategisch zwar wichtiger als Vietnam (aufgrund von Ölvorkommen und der zentralen Lage im Mittleren Osten), doch seien die militärische Vorgehensweise und die damit verbundenen Probleme ähnlich.¹⁴

Die Sicherheit der Iraker sollte an erster Stelle stehen, so die Experten, um ihnen einen wirtschaftlichen und politischen Grund zu geben, die Aufständischen nicht zu unterstützen. Dies sei als wichtiger angesehen, als die Aufständischen direkt zu bekämpfen. Viele Iraker fürchteten sich mehr vor Strassenkriminalität als vor Anschlägen, weshalb sie vorziehen würden, zu Hause zu bleiben und somit die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben brach läge.

Desweiteren müssten mehr Truppen (über 155.000) im Irak stationiert werden, um sichere Strassen, sauberes Trinkwasser, verlässliche Elektrizität, genügend Heizöl und

¹² Bash, Dana: „Bush: Iraq ‚vital‘ to U.S. security“ erschien am 29. Juni 2005 auf CCN.com, <http://www.cnn.com/2005/POLITICS/06/28/bush.speech/index.html>

¹³ Bash, Dana: „Bush: Iraq ‚vital‘ to U.S. security“ erschien am 29. Juni 2005 auf CCN.com, <http://www.cnn.com/2005/POLITICS/06/28/bush.speech/index.html>

¹⁴ Pollack, Kenneth M.: „Five Ways to Win Back Iraq“, The Brookings Institution, erschienen am 1. Juli 2005, in The New York Times, Seite 1. <http://www.brookings.org/views/op-ed/pollack/20050701.htm>.

Pollack ist Director of Research, Saban Center for Middle East Policy

andere Grundbedürfnisse gewährleisten zu können. Zusätzlich müsse der Ausbildung der irakischen Truppen und Sicherheitskräften mehr Zeit eingeräumt werden. Der zuständige Ausbildungsleiter Lt. Gen. David Petraeus rechnet mit drei bis fünf Jahren Ausbildungszeit, doch würden die meisten Auszubildenden schon wesentlich früher an die Front abgezogen.

Als nächstes ist es nach Ansicht der Experten wichtig, den strategischen Fokus nicht nur auf Bagdad zu richten, sondern Ressourcen von dort abzuziehen um sie an die hilfsbedürftigsten Iraker zu verteilen. Um dies gewährleisten zu können, sollten mehr Hilfsorganisationen ins Land geholt werden.

Als letzten Punkt schlagen die Experten vor, die Sunni Scheiche zu „kaufen“. Auch wenn es unamerikanisch klingt, seine Feinde für Frieden zu bezahlen, so sei es doch eine uralte Tradition im Irak. Die Loyalität der Sunni Scheiche soll von jeher durch die jeweiligen Machthaber des Iraks „gekauft“ worden sein (einschliesslich der türkischen, britischen, diktatorischen und baathistischen Machthaber), um sie von Anschlägen auf Strassen und wichtige Gebäude abzuhalten. Es sei für die Stabilität des Landes wichtig, die Sunni Bevölkerung für die Demokratie zu gewinnen, da diese ethnische Gruppe fast 90% der Aufständischen stelle.¹⁵ Die Sunnis seien nach Ansicht der Experten bereit, „den Frieden zu bewahren, wenn der Preis stimmt“¹⁶.

Das **American Enterprise Institute (AEI)** vertritt eine gegenteilige Meinung. Demnach sollten nicht nur Truppen nach der Verfassungseinführung Mitte dieses Monats abgezogen werden, sondern mit ihnen auch viele der ausländischen Zivilisten aus den Botschaften und Firmen, die das Institut für Behinderung der diplomatischen Bemühungen und des Wiederaufbaus als mitverantwortlich sieht. Allein die amerikanische Botschaft beschäftige 800 Diplomaten und halb so viele Geheimdienstmitarbeiter. Diese seien in der „Grünen Zone“ von der irakischen Bevölkerung isoliert, welche schon an sich eine Behinderung des öffentlichen Lebens in Bagdad darstelle.¹⁷

Auch stellt das Institute fest, dass ausländischen Zivilisten sowieso schon knappe Ressourcen für sich abzögen. In 2004 wurde ein Viertel des Budgets für Wasser und Strom in Sicherheitsvorkehrungen investiert. Würden ausländische Firmen mehr Iraker einstellen, dann bräuchten sie weniger Geld für die Sicherheit der Arbeiter und könnten es stattdessen in den Wiederaufbau investieren, so die Experten. Das gleiche gelte für die Botschaften, die mit weniger Mitarbeitern weniger Ressourcen verbrauchen würden. Irakische Zivilisten und Politiker seien sich einig, dass die ausländischen Firmen das größte Hindernis seien, die Herzen der Iraker für die Sache der Amerikaner zu gewinnen. Letzten Monat wurde bekannt, dass USAID 32.000 Dollar für den Fahrer des Direktors bezahlte, während dieses Geld - investiert in einen Generator - viele kleine

¹⁵ Joseph, E./ O’Hanlon, M.: „Iraqi Constitution Must Deliver Oil to Sunnis, Or It Won’t Deliver“, The Brookings Institution, erschienen am 11. August 2005 in The Christian Science Monitor, Seite 1, <http://www.brookings.edu/views/op-ed/ohanlon/20050811.htm> O’Hanlon ist senior Fellow, Foreign Policy Studies und Joseph koordinierte Demokratie Assistenz für die irakische Übergangsregierung im Herbst 2004

¹⁶ Pollack, Kenneth M.: „Five Ways to Win Back Iraq“, The Brookings Institution, erschienen am 1. Juli 2005, in The New York Times, Seite 3. <http://www.brookings.org/views/op-ed/pollack/20050701.htm>. Pollack ist Director of Research, Saban Center for Middle East Policy

¹⁷ Rubin, Michael: „Less Is More in Iraq“, American Enterprise Institute for Public Policy Research, erschienen am 9. August in der Washington Post, Seite 1, <http://www.aei.org/publication22977>

Geschäfte in der Nachbarschaft am Leben erhalten hätte können.¹⁸ Ebenso könnten laut **AEI** die amerikanischen Bürokraten der Botschaft in Bagdad ihren Job auch von Washington aus machen. Das gesparte Geld könnte in das „Commander’s Emergency Relief“-Programm investiert werden, das es US Offizieren erlaubt, Geld direkt und ohne großen bürokratischen Aufwand in neue Strommasten, Wasseraufbereitungsanlagen und Schulrenovierungen zu investieren, wenn sie Bedarf feststellen.

¹⁸ Rubin, Michael: „Less Is More in Iraq“, American Enterprise Institute for Public Policy Research, erschienen am 9. August in der Washington Post, Seite1, <http://www.aei.org/publication22977>